

Neue Entwicklungspolitik

Keine Überwindung von Armut ohne Veränderung westlicher Entwicklungsmodelle

von Dirk Nabers

Es ist heute hinlänglich bekannt, dass die Überwindung von Armut und die Lösung seit langem bekannter Entwicklungsprobleme in Afrika, Asien und Lateinamerika auch eine grundlegende Transformation westlicher Gesellschaften erfordert. Darauf haben Nobelpreisträger wie Joseph E. Stiglitz und Amartya Sen wiederholt hingewiesen. Ebenso weit verbreitet ist in der Soziologie, den Politik- und Wirtschaftswissenschaften die Kritik an den unrealistischen Grundannahmen des neoklassischen Wettbewerbsmodells, das an der Analyse heutiger Entwicklungsdefizite immer wieder scheitert. Um so wichtiger ist die Betrachtung der mannigfaltigen Varianten staatlicher Entwicklung, internationaler Entwicklungszusammenarbeit und lokaler Entwicklungspraxis aus den unterschiedlichen Perspektiven verschiedener sozialwissenschaftlicher Disziplinen.

Zwei Ansätze, die sich diesem Anliegen verschrieben haben, bieten das Lehrbuch „Neue Entwicklungsökonomik“ von Rainer Durth, Heiko Körner und Katharina Michaelowa sowie

die Monographie „Entwicklung gestalten – Gesellschaftsveränderungen in der Einen Welt“ des Wiener Bezirksrats und Professors für Stadt- und Regionalentwicklung Andreas Novy. So unterschiedlich die Blickwinkel der Autoren sein mögen – das eine aus der nüchternen ökonomischen Perspektive geschrieben, das andere mit einem höchst kritischen

soziologischen Unterton –, so haben die Bücher doch eines gemeinsam: den Blick über den Tellerrand der eigenen Disziplin und damit das Angebot neuer theoretischer Erklärungen für Unterentwicklung.

Das besondere Verdienst des unter Schirmherrschaft des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA) entstandenen entwicklungsökonomischen

Lehrbuchs besteht darin, die ökonomische Analyse von Entwicklungsprozessen um politische, soziale und ökologische Aspekte zu erweitern. Im Gegensatz zum neoklassischen Modell berücksichtigt es Faktoren wie Marktmacht, Spillovers, unvollkommene Informationen, institutionelle Rahmenbedingungen von Entwicklung sowie – und dies ist eine Innovation – die Durchsetzbarkeit politi-



Defizite des neoklassischen Entwicklungsmodells aufgefüllt.

scher Empfehlungen im politischen Prozess.

Das Buch gliedert sich in zwei große Teile. Nach einer umfassenden Analyse der mannigfaltigen Entwicklungsprobleme, die durch eine Reihe von Abbildungen und Tabellen veranschaulicht werden, widmen sich die Autoren im zweiten Teil den wichtigsten Aussagen der Neuen Wachstums- und Außenhandelstheorie, der Neuen Wirtschaftsgeographie, der Neuen Politischen Ökonomie und der Neuen Institutionenökonomik. Das überaus lesenswerte Lehrwerk wird durch einen kurzen entwicklungspolitischen Ausblick abgerundet, in dem thesenartig die Konsequenzen für die Praxis insbesondere multilateraler Geber formuliert werden.

Wichtige definitorische Fragen werden bereits in Teil I erörtert: Was heißt Armut, und in welchem Verhältnis stehen Armut und Bevölkerungsentwicklung? Wie lässt sich in Entwicklungsländern ein höheres Maß an Beschäftigung – als wichtigste Voraussetzung zur Überwindung von Armut – erzielen? Welche Rolle spielt dabei der Staat, wenn es beispielsweise um eine effizientere Gestaltung des Wirtschaftssystems und eine ausreichende infrastrukturelle Ausstattung der Volkswirtschaft geht? Und schließlich: In welchem Wechselverhältnis stehen der wachsende Druck auf nationale Umweltressourcen und die Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft? Wie wirken sich Außenhandel, Kapitaltransfer, Verschuldung und Strukturanpassung auf die wirtschaftspolitischen Bedingungen in Entwicklungsländern aus?

Die Antworten der Autoren entstammen der ökonomischen Standardschublade, die seit Jahrzehnten geöffnet wird, wenn es um gut gemeinte Ratschläge für Entwicklungsländer geht. Neben stabilem Wachstum bleiben die Implementierung beschäftigungswirksamer Strategien und die Aufgabe protektionistischer Maßnahmen die wichtigste Prämisse wirtschaftlicher Entwicklung. Hinzu kommen überforderte Steuersysteme, die zudem noch oft durch unproduktive Finanzierungsprojekte (z.B. Rüstung) blockiert werden, eine suboptimale Ressourcenallokation durch künstlich hohe Preise im „modernen“ städtischen Sektor sowie eine Verzerrung der Geld- und Kreditmärkte durch Höchstzinsregelungen und Kreditlenkung.

Wesentlich interessanter ist für den ökonomisch interessierten Entwicklungstheoretiker der zweite Teil des Werkes. Hier werden in einer durchaus gewagten Vorgehensweise neuere ökonomische Ansätze vorgestellt, die für den besonderen strukturellen Kontext von Industrieländern entwickelt wurden. In komparativer Nord-Süd-Betrachtung werden dabei schonungslos die Schwachstellen der Volkswirtschaften vieler Entwicklungsländer offen gelegt und Hinweise zur Überwindung struktureller Defizite gegeben. Mit der Einführung der endogenen Wachstumstheorie gelingt es den Autoren, das Wachstum systematisch mit unvollkommenen Märkten zu begründen. Immer wieder ist es der geringe Grad an weltwirtschaftlicher Integration, der zum Entwicklungshemmnis wird.

Die neue Wirtschaftsgeographie weist darüber hinaus auf Defizite beim ökonomisch sinnvollen Ausbau von Verkehrsinfrastrukturen hin, und die neue politische Ökonomie moniert die Abhängigkeit politischer Entscheidungen von interessenspezifischen Erwägungen. Es gelte daher, die institutionellen Rahmenbedingungen dahingehend zu verändern, dass die individuelle Maximierung des ökonomischen Nutzens und ein entwicklungspolitisch wünschenswertes Ergebnis miteinander vereinbar gemacht werden.

Ohne Zweifel gibt das Buch wichtige Impulse für eine effizientere Gestaltung der künftigen Entwicklungszusammenarbeit. Einen didaktisch wertvollen, als Übersicht für den entwicklungspolitischen Laien gut nutzbaren Orientierungsleitfaden bieten die acht Thesen zur politischen Praxis, die im Schlusskapitel formuliert werden. Hier wird zusammenfassend deutlich, dass Wirtschaftswachstum allein oft nicht ausreicht für eine nachhaltige Entwicklung. Alles den Marktkräften zu überlassen, ist gerade für ärmere Menschen mit Nachteilen und Risiken verbunden. So wendet sich das Buch insgesamt an eine breite Klientel: Es bietet eine Einführung in die Entwicklungsökonomik für Studierende unterschiedlicher Fachrichtungen, gleichzeitig aber auch einen wirtschaftstheoretischen Leitfaden für die entwicklungspolitische Praxis. Was dem Buch letztlich fehlt, ist ein Hinweis auf die fundamentale Tatsache, dass Entwicklungszusammenarbeit eine wechselseitige Angelegenheit ist. Sie findet nicht lediglich in

Entwicklungsländern statt, sondern bedarf einer Einbettung in umfassendere gesellschaftliche Veränderungen, auch in Industrieländern.

Kritische Hinweise darauf, wie über eine weitgehende Bewusstseinsänderung in der „entwickelten“ Welt nachhaltige Aufholprozesse in Afrika, Asien und Lateinamerika möglich sind, liefert hingegen die Monographie von Andreas Novy. Das Buch wendet sich an eine kritische Öffentlichkeit, die sich engagiert für nachhaltige Entwicklung in Industrie- und Entwicklungsländern einsetzt. Es ist aber auch für die Theoriearbeit in unterschiedlichen Sozialwissenschaften höchst relevant, indem die diskursive Verknüpfung von Wissen und Macht umfassend analysiert wird. Novy zeigt Wege auf, wie aus alten Strukturen entwicklungspolitischen Denkens ausgebrochen werden kann und wie es gerade Intellektuellen möglich wird, neue, effizientere und gerechtere gesellschaftliche Strukturen zu schaffen. Insofern sind vor allem die kritischen Sozialwissenschaften aufgerufen, ihre Praxis, Wissen zu produzieren, immer neu zu überdenken.

Das Buch gliedert sich in drei Teile. Im ersten Teil werden die Grundlagen entwicklungstheoretischen Denkens reflektiert. Der Autor erörtert die Debatte zwischen politischer Ökonomie und interpretativer Sozialforschung, Positivismus und Postmoderne. Auf dieser Grundlage werden eine Reihe grundlegender definitorischer Fragen geklärt: Universelle Entwicklungskonzepte werden mit partikularen Entwicklungskonzepten kontrastiert, „Entwicklung“ im Rekurs auf den

Ökonomie-Nobelpreisträger Amartya Sen als „Freiheit und Befreiung“ definiert. Entwicklung, so eine Kernaussage Novys, erfordert „Räume der Demokratie“.

Im Hintergrund des zweiten Teiles stehen Diskurs- und Strukturations-theoretiker wie Michel Foucault und Anthony Giddens. Hier geht es um den Entwurf einer interdisziplinären Gesellschaftstheorie, die Entwicklung als Phänomen versteht, das den geographischen Raum sowie kulturelle und politisch-ökonomische Aspekte miteinander verbindet. Eine Kritik an Dependenz- und Modernisierungstheorie bleibt hier nicht aus.

Der dritte Teil des Buches bietet ein Aktionsprogramm für eine kritische Sozialwissenschaft, die sich von den immer stärker werdenden Globalisierungszwängen befreit und der Überwindung einer zweigeteilten Welt verpflichtet ist. Dies ist ein intellektuelles, wissenschaftliches Unternehmen, in dem die gängige Objektivität der Entwicklungspolitik problematisiert werden soll, doch immer unter Berücksichtigung der Notwendigkeit professionellen Handelns, ständiger Evaluierungen und kompetitiver Mittelvergabe in der Entwicklungszusammenarbeit.

Das Werk ist ein Beispiel kritischer Sozialwissenschaft, das letztlich nicht in den häufig sichtbaren und für die politische Praxis wenig hilfreichen Utopismus abgeleitet. Die annotierte Bibliografie am Ende eines jeden Kapitels ist sehr nützlich. Sie gibt dem Leser die Gelegenheit, Novys Gedanken, die überaus kompakt zusammengefasst sind, besser nachzuvoll-

ziehen. Wissenschaftliche Belege und die direkte Auseinandersetzung mit den Vertretern der Theorien hätten dem Buch allerdings die ihm gebührende Dimension verliehen. Wenn Novy eine „zu den Wurzeln vordringende“ und historisch-geographische Gegebenheiten berücksichtigende Analyse von Entwicklungsprozessen einfordert, begibt er sich auf einen theoretisch sehr schmalen Grat. Damit Theoriebildungsprozesse nicht zum technokratischen Unternehmen degenerieren, können sie in den Sozialwissenschaften keine andere Aufgabe haben, als die Komplexität beobachteter Phänomene zu reduzieren. Der Autor verweigert dem Leser dabei die nötige Orientierungshilfe, indem er die weitest mögliche Totalität des Wissens postuliert: „Ein Phänomen bis ins Detail zu erforschen, verschafft Einblicke in die Grundstruktur des Phänomens.“ (S. 26)

Insgesamt sind dennoch beide Bücher – das entwicklungsökonomische Lehrwerk von Durth u.a. sowie die kritische Studie von Novy – komplexitär. Sie bieten, im Zusammenhang gelesen, eine sinnvolle Lektüre sowohl für die entwicklungspolitische Praxis als auch für das theoretische Studium.

Rainer Durth, Heiko Körner und Katharina Michaelowa, Neue Entwicklungsökonomik. Stuttgart: Lucius & Lucius 2002 (UTB für Wissenschaft: Uni-Taschenbücher: 2306), 269 S., 16,90 EUR.

Andreas Novy, Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderungen in der Einen Welt. Frankfurt/ M.: Brandes & Apsel Verlag 2002, 160 S., 12,80 EUR.

Zur Integration von islamischen Migranten

JÜRGEN TÜREK

Bassam Tibi, Islamische Zuwanderung. Die gescheiterte Integration, Stuttgart/ München: Deutsche Verlags-Anstalt 2002, 380 S., 24,90 EUR.

Migration wird in Deutschland und Europa von vielen Intellektuellen und der Politik seit Ende der neunziger Jahre aus zwei Gründen in verstärktem Maße thematisiert: wegen der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Effekte des demographischen Wandels und – auch im Kontext des 11. Septembers – hinsichtlich der inneren und äußeren Sicherheit.

Die gegenwärtigen demographischen Verschiebungen sind weltweit ein Besorgnis erregendes Phänomen – mit unterschiedlichen Vorzeichen. Während sich die industrialisierte Welt damit konfrontiert sieht, dass sie zunehmend altert und die Geburtenrate abnimmt, sehen sich viele Entwicklungsländer mit dem umgekehrten Phänomen konfrontiert: die Bevölkerung wächst, der Drang zur Wanderung vom Land in die Stadt nimmt zu, ethno-nationale Konflikte wachsen, lokaler Terror, Epidemien, Ernährungsunsicherheit und ökologische Desaster zwingen perspektivisch zur weiträumigen Flucht und Migration. Dies löst in Deutschland und der Europäischen Union große Sorgen aus, obwohl man dort nicht nur aus humanitären Gründen aufgerufen ist zu handeln. Die Staaten Europas müssen aufgrund der demographischen Veränderungen um Ausländer konkurrieren.

In den europäischen Gesellschaften stehen die sozialen Sicherungssysteme derzeit unter starkem Druck. Sie werden deshalb zum einen versuchen, ihre gesellschaftlichen Belange durch den Zuzug von solchen Menschen zu stabilisieren, die als genügend qualifiziert angesehen werden. Zum andern werden sie angehalten sein, solche Menschen abzuwehren, von denen destabilisierende Impulse für die Systeme sozialer Absicherung sowie die innere Ordnung und Sicherheit zu erwarten sind. Der letzte Punkt ist außerordentlich sensibel, und hier setzt das neue Buch des Göttinger Politikwissenschaftlers Bassam Tibi an, mit dem er sich engagiert auf die Formung der islamischen Migration in Deutschland konzentriert.

Im Zeitalter der islamischen Migration gilt es nach Tibi z.B. für Deutschland nicht nur, sich zu öffnen und zugleich zentrale kulturelle, soziale und politische Errungenschaften zu bewahren, sondern auch, das eigene Gemeinwesen zu schützen und auf keinen Fall die zivilisatorische Identität aufzugeben. Wenn Zuwanderung in Einwanderung umgewandelt werde, so die These des Autors, wozu die Integration der Migranten und die Verhinderung der Entstehung von Parallelgesellschaften gehöre, sei dieses Ziel zu erreichen. Feinde der Interkulturalität gebe es nicht nur unter Europäern und Deutschen, sondern auch unter den Migranten selbst. Für Tibi muss deshalb prinzipiell der „Aufstand der Anständigen“ gegen beide geführt werden: gegen die „Inhaber“ des „Feinbild Islam“ und gegen die „Eigentümer“ des „Feinbild Westen“

unter den Muslimen. Aufbauend auf dieser fundamentalen Prämisse formuliert der Autor seine Forderungen an eine erfolgreiche Einwanderungspolitik:

Migration umfasse heute gleichermaßen Wirtschafts- und Sicherheitspolitik; ihre wildwüchsigen Formen müssten durch Steuerung gebändigt werden. Das Grundgerüst deutscher Migrations- und Integrationspolitik sei es, zunächst zwischen Zu- und Einwanderung zu differenzieren, das heiÙe zwischen ungesteuerter und politisch gesteuerter Migration. Die Integration der Migranten werde dann schließlich zum Lackmустest der interkulturell funktionierenden Gesellschaft.

Zuwanderungskonzept und Zuwanderungsgesetz hin oder her – für *Tibi* ist die Bundesrepublik heute noch ein Zuwanderungsland, in dem die Einwanderung und Einbeziehung der Muslime in das Gesellschaftssystem der Deutschen politisch noch nicht wirklich organisiert sei. Die Debatte um die Migration sei nach wie vor von Gesinnungen geprägt und nicht von einer von Fakten ausgehenden Verantwortungsethik. Dabei gebe es in Deutschland immer noch Fremdenfeindlichkeit, die eine echte Integration der Muslime im Lande behindere. Ein gefährlicher Zustand, da nur Integration vor Ausgrenzung schütze. Denn ausgegrenzte Muslime seien „leichte Beute“ für die Fundamentalisten, und Parallelgesellschaften ein Freiraum des Islamismus. *Tibi* weist zu Recht darauf hin, dass die Attentäter, die die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon am

11. September 2001 verübten, in Deutschland nicht integriert waren. Eine Integration hätte ihre Motivation zum Terror vielleicht erodieren können. Fehlende Integration könne zudem zur Gettobildung beitragen, die das Gemeinwesen balkanisieren und den inneren Frieden bedrohe.

Vor diesem Hintergrund müsse sich der Multikulturalismus der Integration für eine „permissive Toleranz“ einsetzen, die eine gewisse Wertebelibigkeit zulasse, ohne jedoch die eigene Identität ganz aufzugeben. Hier sei die Auseinandersetzung mit dem Fundamentalismus eine unabdingbare Voraussetzung der Integration. Dies verlange vor allem eine Debatte zwischen Einheimischen und Migranten über das Spannungsverhältnis von Vernunft und Glauben, das nur durch die Trennung von Religion und Politik zu überwinden sei. Bassam *Tibi* plädiert in diesem Rahmen für eine Einwanderungspolitik, bei der Deutsche und islamische Zuwanderer innerhalb einer kulturellen Annäherung gegenseitig ihr Verhältnis zu Fragen der Identität verändern müssten.

Als strategische Antwort auf den wachsenden Integrationsdruck in der Bundesrepublik favorisiert der Autor in seinem Werk eine doppelte Strategie, die einerseits echte Integrationsbemühungen der Deutschen mit einer selbstbewussten Behauptung der eigenen Identität kombiniert. Diese umfasst die Forderung an die Menschen in Deutschland, den ernsthaften Willen zu entwickeln, die Migranten offen in ihr Gemeinwesen zu integrieren. Gleichzeitig aber tritt er andererseits mit Vehemenz an die

Migranten heran, von denen er nicht nur wirtschaftliche Eingliederung verlangt, sondern die Absicht, sich auf die fremde Gemeinschaft in diskursiver und konstruktiver Weise einzulassen.

Eine sozialdemokratische Jahrhundertgestalt

MARTIN MANTZKE

Peter Merseburger, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart/München: Deutsche Verlags-Anstalt 2002, 928 S., 32,00 EUR.

Wahrscheinlich gibt es nur wenige Bilder, die sich im kollektiven Gedächtnis der Deutschen so eindringlich erhalten haben wie jene Aufnahme, die am 7. Dezember 1970 in Warschau entstand. Sie zeigt Willy Brandt kniend vor dem Mahnmal für die Opfer des Warschauer Ghettoaufstands von 1944. In seinem Bemühen, Ausgleich und Versöhnung auch mit dem Osten zu suchen, sehen denn auch viele Beobachter die eigentliche historische Leistung des ersten sozialdemokratischen Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland, dessen Todestag sich am 8. Oktober 2002 zum zehnten Mal jährte.

Rechtzeitig zu diesem Datum ist die bislang umfangreichste und wohl auch beste Biografie Brandts erschienen, glänzend geschrieben und sorgfältig recherchiert. Ihr Verfasser ist der Publizist Peter Merseburger, der dafür nicht nur die reiche wissenschaftliche Literatur ausgewertet und mit Freunden, Weggefährten und Zeitgenossen gesprochen, sondern auch den umfangreichen Nachlass im Willy-

Brandt-Archiv eingesehen hat. Entstanden ist eine fast 1000 Seiten umfassende Lebensbeschreibung, die von der ersten bis zur letzten Seite zu fesseln vermag.

Beschrieben wird, wie aus dem unehelich geborenen Lübecker Proletarierkind Herbert *Frahm* der weltweit geachtete Staatsmann Willy Brandt wurde, eine Gestalt, die wie wenig andere Brüche und Neuanfänge der deutschen Geschichte verkörperte. Geprägt vom sozialdemokratischen Milieu seiner Heimatstadt, tritt der noch nicht Volljährige in die SPD ein, um dann Mitglied der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ zu werden. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten emigriert er im April 1933 nach Dänemark, später nach Norwegen; 1938 wird ihm die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt. Auch den Erfahrungen des skandinavischen Exils schreibt sein Biograf einen prägenden Einfluss auf den jungen Brandt zu; im freien Klima der norwegischen und schwedischen Sozialdemokratie wurde aus dem dogmatischen Linksozialisten ein pragmatischer, linker Sozialdemokrat.

Die Karriere des 1945 nach Deutschland Zurückgekehrten war beschwerlich; auch in seiner eigenen Partei wurde der heimgekehrte Emigrant keineswegs mit offenen Armen empfangen. Gefördert vom legendären Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter beginnt Brandts Aufstieg in der Berliner Politik, die ihn nach langen innerparteilichen Kämpfen an die Spitze der Berliner SPD, auf den Sessel des Präsidenten des Abgeordnetenhauses und schließlich ins Amt des

Regierenden Bürgermeisters der Stadt führt. In den Jahren der Berlin-Krise und des Mauerbaus wird *Brandt* zur Symbolfigur für den Freiheits- und Überlebenswillen der Stadt, wandelt sich allmählich aber auch zum Vordenker einer Entspannungspolitik, die er nach 1966 als Außenminister in der von Kurt Georg *Kiesinger* geführten Großen Koalition umzusetzen beginnt. Am 21. Oktober 1969 schließlich, nachdem die Bundestagswahlen vom September 1969 SPD und FDP eine knappe Mehrheit beschert haben, wird *Brandt* vom Deutschen Bundestag zum vierten Kanzler der Bundesrepublik gewählt.

Seine Kanzlerschaft ist vor allem gekennzeichnet durch den Brückenschlag nach Osten; seine Vertragspolitik gegenüber der Sowjetunion und Polen machen die Bundesrepublik handlungsfähiger, mit ihrem Beitritt zu den Vereinten Nationen gewinnt sie an Gewicht, in der Deutschland-Politik und im schwierigen Verhältnis zur DDR sind Fortschritte zu verzeichnen. So wie vor ihm Konrad *Adenauer* den freien Teil Deutschlands mit dem Westen versöhnt hatte, öffnete *Brandt* den Weg nach Osten; hatte *Adenauer* die Bundesrepublik fest im Europa der Integration und der Atlantischen Allianz verankert, so streckte *Brandt* die Hand zur Versöhnung mit den Völkern Osteuropas aus. Im Oktober 1971 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, erringt der Kanzler bei den Bundestagswahlen 1972 einen grandiosen Sieg.

Seine zweite Amtszeit indes ist kurz, ihr Ende im Frühjahr 1974 von Legenden umrankt. Die Enttarnung

des DDR-Spions Günter *Guillaume* in seiner unmittelbaren Umgebung wird zum äußeren Anlass von *Brandts* Rücktritt im Mai 1974, dem ein spürbarer Zerfall von Ansehen und Autorität vorausgegangen war: Gegner, Neider und Konkurrenten, auch in der eigenen Partei – hier vor allem in Gestalt des mächtigen Fraktionsvorsitzenden Herbert *Wehner* – hatten ihm das Leben schwer gemacht.

Die letzten zwei Jahrzehnte seines Lebens, von seinem Biografen als die „vierte Karriere“ beschrieben, zeigen Willy *Brandt* in einer Rolle, die ihm geradezu auf den Leib geschrieben schien – die des „elder statesman“, der als Präsident der Sozialistischen Internationale und Chef der Nord-Süd-Kommission beratend um die Welt reisen und wieder vermehrt seinen politischen Visionen nachgehen konnte. Nach 23 Jahren an der Spitze der SPD erklärte *Brandt* im Juni 1987 seinen Rücktritt vom Parteivorsitz.

Das Ende der deutschen Teilung zwei Jahre darauf erlebt er, in dessen Denken die Nation immer eine wichtige Rolle gespielt und der das Ziel der Einheit nie abgeschrieben hatte, auch als Bestätigung seiner Politik und kommentiert es mit den seither viel zitierten Worten, dass nunmehr zusammenwachse, was zusammengehöre. Als *Brandt* im Oktober 1992 starb, stand seine persönliche und politische Autorität beinahe über den Parteien; auch einstige Gegner zollten seiner politischen Leistung Anerkennung und Respekt. Deutschland ehrte den Verstorbenen mit einem Staatsakt im Berliner Reichstag und mit einem Staatsbegräbnis.